

Nordrhein-Westfalen begrüßt die Initiative des Bundes für mehr Steuergerechtigkeit
(Plenarsitzung vom 17.11.2011)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 6 Milliarden € Steuersenkungen auf Pump finanziert – das ist die Bilanz Ihrer Politik, die Sie in Berlin betreiben wollen. Gleichzeitig wollen Sie die Nettoneuverschuldung erhöhen. Wir haben im nächsten Jahr eine noch höhere Nettoneuverschuldung auf der Bundesebene von über 40 Milliarden €. Das ist das, was Sie da machen. Sie kritisieren das hier immer wieder, und auf Bundesebene tun Sie genau das Gegenteil.

Der Hintergrund für das, was Sie in Berlin tun, ist ganz klar: Es geht um die FDP. Die FDP muss wiederbelebt werden. Die FDP, die bei Umfragen jetzt nur noch bei 2 % dümpelt, ist völlig am Ende. Das, was von Westerwelle versprochen, aber nicht gehalten worden ist, und jetzt vom FDP-Vorsitzenden versprochen worden ist, muss irgendwie finanziert werden. Zumindest ein kleiner Ansatz muss in die Richtung gemacht werden, um den Leuten wieder Sand in die Augen zu streuen, damit die FDP perspektivisch vielleicht noch einmal irgendwie wählbar wird. Darum geht es und um nichts anderes. Das ist so, als wenn der Osterhase angekündigt wird, aber man nicht weiß, ob er irgendwelche Eier dabei hat. Ungefähr so sieht das aus, was im Augenblick in Berlin gemacht wird. Das sind reine Luftnummern, das ist heiße Luft, nichts anderes.

Mit den Lobhudeleien auf die Stabilität der deutschen Wirtschaft, die ich von Herrn Weisbrich höre, wäre ich an Ihrer Stelle ganz vorsichtig. Schauen wir einmal, wie sich das in der Wirtschafts- und Finanzkrise noch weiterentwickelt.

Eines muss man einmal deutlich sagen: Wir haben Probleme mit der Binnenwirtschaft, weil es in den letzten Jahren eine massive Einkommensumverteilung von unten nach oben gegeben hat. Was Sie jetzt in Berlin vorhaben, ist wiederum nichts anderes, denn die Leute, die in höheren Einkommensgruppen sind, werden natürlich von der beabsichtigten Steuersenkungspolitik natürlich weitaus mehr profitieren als die Leute in den unteren Einkommensschichten, die zur Hälfte überhaupt keine Steuern bezahlen. Von daher ist das, was Sie hier erzählen völliger Unsinn, blanker Unsinn.

Das Ganze geht auf Kosten des Landes. Sie haben das gerade schon von den Kollegen von SPD und Grünen gehört. Sie haben da völlig Recht. 400 Millionen € wird es das Land kosten, 150 Millionen

die Kommunen, die in Nordrhein-Westfalen ohnehin katastrophal unterfinanziert sind. Für die müsste – das fordert die CDU zwar, macht aber genau das Gegenteil – viel mehr Geld bereitgestellt werden. Die Linke hat immer gesagt: Wir brauchen eine Milliarde mehr für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung hat sich immerhin zu 350 Millionen durchgerungen, will aber jetzt in den 34 Kommunen, für die sie zumindest etwas machen will, rigideste Sparmaßnahmen durchdrücken. Das geht so nicht; das sagen wir Ihnen auch sehr deutlich. Deswegen werden wir Ihrem Pakt auch nicht zustimmen. Aber es ist sinnvoll, etwas für die Kommunen und für das Land Nordrhein-Westfalen zu tun.

Parallel haben wir die ganze Zeit von 2000 bis 2010 Steuergesetze erlebt, die dazu geführt haben, dass die öffentliche Hand um 50 Milliarden € geschwächt worden ist. Wir hätten 50 Milliarden € mehr in den öffentlichen Kassen, wenn nicht in den letzten Jahren diese Politik betrieben worden wäre, wie sie betrieben worden ist, nämlich die Politik der Senkung der Unternehmenssteuern, der Senkung des Spitzensteuersatzes auf jetzt 42 %, der unter Kohl noch 52 % betragen hat.

Mittlerweile haben SPD und Grüne offensichtlich diesen Fehler erkannt und sagen zumindest, dass sie da eine Umkehr vornehmen wollen, aber faktisch passiert an dieser Stelle immer noch nichts.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir brauchten eigentlich eine ganz andere Steuerpolitik. Wenn man Haushalte tatsächlich konsolidieren wollte, dann müsste man dafür sorgen, dass auch Steuermehreinnahmen kommen.

Damit die öffentlichen Haushalte vernünftig finanziert werden können und eine öffentliche Daseinsvorsorge, so wie wir sie verstehen, dass nämlich soziale Leistungen für die Menschen, die sie brauchen, zur Verfügung stehen und wir hier tatsächlich eine ökologisch nachhaltige Politik vernünftig finanzieren können, tatsächlich gewährleistet ist, müssen natürlich auch diejenigen, die von der Krise profitieren, ihren Beitrag dazu leisten. All das sind Maßnahmen, die eigentlich notwendig wären. Aber das Gegenteil wird gemacht.

Diese Steuersenkungen helfen eben nicht den unteren Einkommensschichten, sondern es ist genau das Gegenteil, sie helfen nur wieder oberen Einkommensschichten. Deswegen werden die Normalverdiener, wie man sie so schön nennt, davon nicht profitieren. Sie gehen an den Menschen völlig vorbei. Das ist doch das, was hier passiert.

Der Hintergrund dieser ganzen Geschichte ist das Wiederbelebungs paket für die FDP, die völlig daniederliegt.

Es gibt auch vom Bundesfinanzminister keine Antworten auf die Frage, was diese Pläne für die Steuerpflichtigen konkret bedeuten. Es ist ja auch noch gar nicht klar, wie das ganz konkret

aussehen soll; denn immer dann, wenn konkrete Nachfragen kommen, wird es bei Ihnen da drüben ganz nebulös, und Sie machen keine konkreten Angaben, wie das tatsächlich laufen kann.

Wenn die kalte Progression abgeschafft wird, dann müsste das natürlich ganz anders, als es bei Ihnen passiert, laufen. Wir haben deutlich gemacht, dass das mit einem durchgehend linear-progressiven Einkommensteuertarif, einer Anhebung des Grundfreibetrages auf 9.300 € und einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53 % ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 65.000 € möglich wäre. Dadurch würden alle Beschäftigten mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen unter 70.000 € spürbar entlastet.

Das sind die Vorschläge, die wir als Linke machen. Ich weiß, dass zumindest die SPD auch ein bisschen in diese Richtung denkt. Ich hoffe, dass wir da irgendwann einmal zu gemeinsamen Initiativen kommen. Ich hätte es auch gut gefunden, wenn man hier vielleicht mit den Parteien, die zumindest tendenziell in dieselbe Richtung denken, einen gemeinsamen Antrag hinbekommen hätte. Das haben wir leider nicht.

Jetzt liegen drei Anträge vor, über die wir abstimmen werden. Wir werden natürlich den Antrag von CDU und FDP ablehnen. Wir lehnen aber auch den Antrag der Koalitionsfraktionen ab, weil diese Schuldenbremse, die Sie zumindest jetzt immer wieder proklamieren – ich weiß nicht, ob Sie sie wirklich umsetzen wollen, aber zumindest proklamieren Sie sie –, der falsche Weg ist. Das sagen wir sehr deutlich. Wir müssen endlich eine auskömmliche Finanzierung der öffentlichen Haushalte haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das geht nur durch Maßnahmen, mit denen man endlich diejenigen vernünftig besteuert, die das auch leisten können. Wir wollen als Linke mehr Steuergerechtigkeit. Wir wollen eine sozialere Politik, und die muss auch entsprechend finanziert werden. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat nun der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans, das Wort.

Vizepräsident Oliver Keymis: Als nächster Redner spricht für die Landesregierung ...

(Rüdiger Sagel [LINKE] meldet sich zu Wort.)

– Ach, Sie haben sich noch zu Wort gemeldet? Gut, Herr Sagel. Die Linke hat noch 43 Sekunden übrig. Bitte schön.

Rüdiger Sagel (LINKE): Danke, Herr Präsident! Ich kann es auch schnell machen. Die FDP als Anwalt der kleinen Leute – das ist wirklich der größte Treppenwitz, den es überhaupt gibt. Ausgerechnet Sie!

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Wirklich, Sie übertreffen noch den Baron Münchhausen mit dem, was Sie uns hier heute erzählen. Wirklich, das ist unglaublich.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Die Wahrheit!)

Herr Laumann, es wird auch nicht besser, wenn Sie selber in die Bütt steigen, das Ganze zum Besten geben und versuchen, die Wiederbelebungsversuche der FDP zu verteidigen. Herr Laumann, es ist maximaler Unsinn, wenn Sie hier erzählen, die kleinen Leute würden davon profitieren. Die Hälfte dieser kleinen Leute profitiert überhaupt nicht davon, weil sie überhaupt keine Steuern zahlt,

(Lachen von der FDP)

die anderen mit nicht einmal 5 € im Monat. Was da den kleinen Leuten helfen soll, das ist wirklich eine Lachnummer. Gleichzeitig erhöhen Sie aber die Beiträge für die Pflegeversicherung und betreiben solcher Dinge mehr. Das ist doch die Realität, die wir erleben.

Sie machen hier weiter Politik für die Besserverdienenden. Das ist Ihre Lobby; darum geht es. Deswegen ist die FDP gerade hier auch so in die Bütt gestiegen.

(Zurufe von der FDP)

Ein Satz an SPD und Grüne: Auch Sie, vor allem die SPD in der Großen Koalition, haben diese Steuersenkungspolitik für die Unternehmen mitgemacht. Auch Sie haben die öffentlichen Haushalte entleert. Auch da ist ein Umdenken notwendig.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat sich nun der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans, zu Wort gemeldet.